

Was die Basler denken

Autor(en): Nana Mittelmaier

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2012

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/5238700b-8275-404e-adb7-b88c611ac10c>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

WAS DIE BASLER DENKEN

Befragungen als Entscheidungsgrundlage für die Politik

Das Statistische Amt führt im Auftrag des Regierungsrates regelmässig Befragungen der Bevölkerung durch. Diese sollen Daten und Informationen erfassen, die nicht aus der traditionellen öffentlichen Statistikerherangehen: zum Beispiel, wie eine Person ihre eigene wirtschaftliche Situation beurteilt oder wie sicher sich die Bevölkerung im Kanton fühlt. In der Überzeugung, dass diese subjektiven Einschätzungen von grosser Bedeutung für die Arbeit von Politik und Verwaltung seien, verabschiedete der Regierungsrat 2007 ein eigenes Befragungskonzept. Die seit 2003 alle vier Jahre durchgeführte Bevölkerungsbefragung bildet dabei das Rückgrat des Systems. Die abgefragten Themen reichen von Mobilität, Bildung und Integration über Gesundheit, Sicherheit und Wirtschaft bis zu Chancengleichheit, Beurteilung der Verwaltung und der Lebensqualität in Basel-Stadt. Ergänzt wird die Bevölkerungsbefragung durch regelmässige Jugend- und Familienbefragungen. Seit 1998 wird alle zehn Jahre eine Befragung zum Thema Zu- und Wegzug durchgeführt.

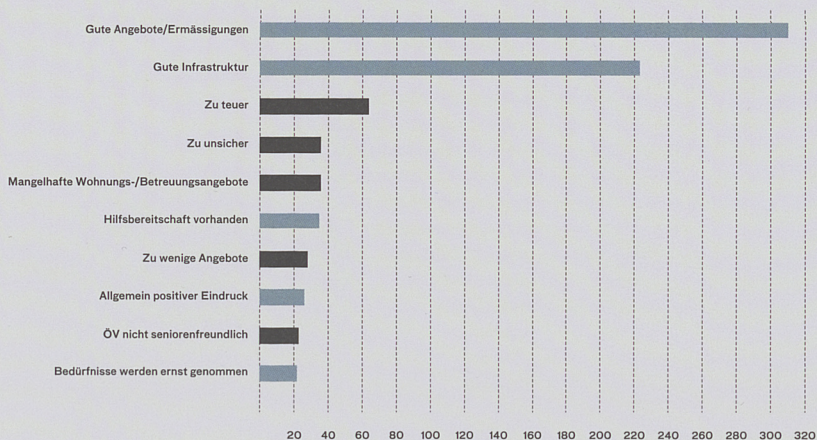
Das Statistische Amt interviewt im Rahmen seiner kantonalen Befragungen jeweils nur einen Teil der Bevölkerung, eine sogenannte Stichprobe, die zufällig aus dem Einwohnerregister gezogen wird und repräsentativ ist. Die Befragung «55plus» wurde, wie auch die Familien- und die Jugendbefragung, schriftlich und mittels eines Fragebogens durchgeführt. Andere Befragungen erfol-

gen telefonisch oder online über einen Computerzugang. Für die Wahl der Methode ausschlaggebend ist neben den Befragungsinhalten die Einschätzung zur Erreichbarkeit und der Mitwirkungsbereitschaft der zu befragenden Personen. Bei jeder Befragung wird der Rücklauf ausgefüllter Fragebögen sorgfältig ausgewertet, um eventuelle Verzerrungen bei den Resultaten festzustellen. Dabei ist die Untervertretung fremdsprachiger Personen bei den Antwortenden eine konstante Tendenz und eine Verzerrung, die sich nicht durch übersetzte Fragebögen oder Übersetzungshilfen auffangen lässt. Folglich muss eine sich manifestierende Über- oder Untervertretung einer Personengruppe zwingend bei der Interpretation der Befragungsergebnisse berücksichtigt werden.

Insgesamt bieten die Ergebnisse der kantonalen Bevölkerungsbefragungen wichtige Anhaltspunkte für Politik und Verwaltung. Zum einen sind sie eine Art Stimmungsbarometer, zum anderen können sie auch konkrete Hinweise liefern, welche Massnahmen ergriffen werden und wo diese ansetzen sollten. So wird nun zum Beispiel das Kommunikationskonzept zur Alterspolitik überarbeitet, weil sich gezeigt hat, dass sich die Bevölkerungsgruppe «55plus» (noch) nicht im erwarteten Ausmass über das Internet informiert, sondern eher den Weg über Freunde und Bekannte wählt.

www.seniorenbasel.ch

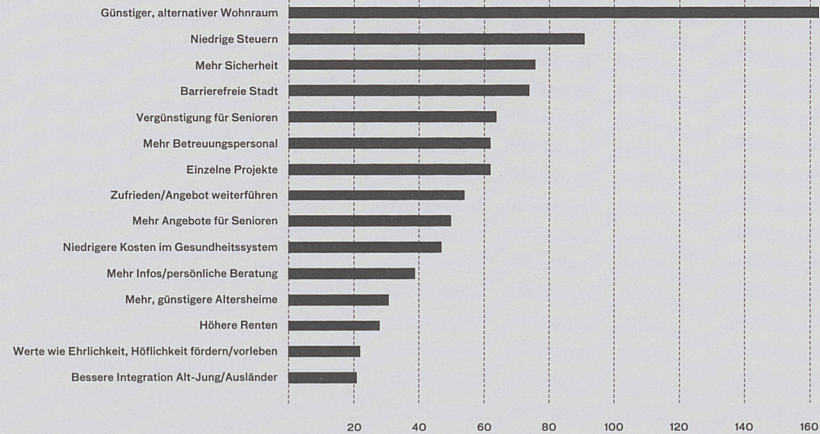
Die Antworten von 999 Personen auf die Frage, warum sie den Kanton Basel-Stadt seniorengerecht bzw. nicht seniorengerecht finden. Von insgesamt 1131 Nennungen entfielen 803 auf die Top-10-Themen.



2011 fand erstmals eine Befragung der Personen ab 55 Jahren statt. Diese folgte inhaltlich den 2007 vom Regierungsrat formulierten Leitlinien zur Seniorenpolitik, welche eine Reihe von Projekten und Massnahmen vorsahen, die «das Bewusstsein in der Verwaltung und in der Öffentlichkeit für die Anliegen der Seniorinnen und Senioren schärfen und die Mitwirkung dieser Generation im öffentlichen Leben stärken» sollten. Zur Überprüfung dieser Ziele beauftragte das Basler Gesundheitsdepartement das Statistische Amt mit einer Befragung dieser Altersgruppe, die rund ein Drittel der Kantonsbevölkerung ausmacht. Die Umfrage sollte auch dazu dienen, die konkreten Bedürfnisse und Ansprüche zu ermitteln und auf der Basis der Ergebnisse einen ersten Abgleich mit den formulierten Leitsätzen zu ermöglichen.

Die Auswertung ergab ein sehr differenziertes Bild dieser Bevölkerungsgruppe. Zwar zeigte sich eine deutliche Mehrheit insgesamt zufrieden mit der Seniorenpolitik im Kanton, dennoch trat in vielen Bereichen deutlicher Handlungsbedarf zutage. Positiv verzeichnet wurden vor allem die vielfältigen Angebote für ältere Menschen sowie die gute Infrastruktur, speziell der öffentliche Verkehr und die Zunahme von Betreuungsangeboten inklusive der Arbeit von Spitex und Pro Senectute. Auf der Negativseite standen in erster Linie als zu hoch empfundene Kosten, etwa von Steuerabgaben oder Mieten. Ein weiterer negativer Aspekt war die mangelnde Sicherheit. Neben dem allgemeinen Gefühl, sich nicht sicher zu fühlen, wurde explizit die Unsicherheit im Verkehr, beispielsweise durch Velofahrer auf den Trottoirs, erwähnt.

Die Antworten von 806 Personen auf die Frage: Was würden Sie konkret für Seniorinnen und Senioren tun, wenn Sie Regierungsrat oder Regierungsrätin des Kantons Basel-Stadt wären? Von insgesamt 1056 Nennungen entfielen 884 auf die ersten 15.



Handlungsbedarf sahen die Befragten in erster Linie beim Bereich Wohnen. Sie wünschen sich ein grösseres Angebot an günstigen Wohnungen, ausserdem alternative Projekte wie Generationenhäuser und

Seniorenwohngemeinschaften. Dazu sollte im öffentlichen Raum die Barrierefreiheit stärker gewichtet werden. Viele wünschen sich auch eine Senkung der Kosten für einen Alters- oder Pflegeheimaufenthalt.